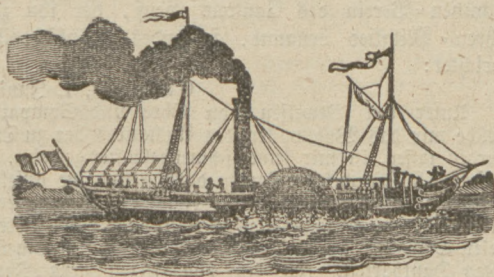


# Danziger Dampfboot.

No. 137.

Montag, den 16. Juni.



1862.

32ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfg., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: A. Kretzschmar's Centr.-Bzg.- u. Annonc.-Bür. In Breslau: Louis Stangen. In Leipzig: Heinrich Hübler, Buchhändler. In Hamburg-Altona, Frankfurt a./M. Haasenstein & Vogler.

## Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

Warschau, Sonnabend 14. Juni, Abends. Wielopolski Enoch und Krzywicki sind hier eingetroffen. Der Letztere soll das Ministerium des Kultus, Keller das des Innern übernehmen. Enoch ist zum Staatssekretär des Kaisers, Krzyzanowski zum Generaladjutanten ernannt worden.

Turin, Freitag, 13. Juni, Abends. Die „Constitutione“ theilt mit, daß Garibaldi auf der Durchreise zu Gallarate in der Lombardei eine Ansprache an das Volk gehalten habe, in welcher es unter Anderem heißt: Es haben bedauerliche Diskussionen stattgefunden, dies seien aber nur individuelle Meinungsverschiedenheiten, an denen die Bevölkerungen, welche in Eintracht den Zweck der Einigung verfolgen, durchaus nicht Theil nehmen. Ein Jeder habe seine Fehler, es gebe keine vollkommene Menschen; man müsse gegenseitig Nachsicht haben. Die Hauptsache sei, daß alle, welche die Unabhängigkeit und die Größe des Vaterlandes wollen, einig bleiben.

Turin, Sonnabend 14. Juni, Nachm. Wie es heißt, hätten die Oesterreicher die Absicht, am rechten Ufer des Po ein verschanztes Lager aufzuschlagen. Die Garnisonen von Gonzaga und anderen Städten sind verdoppelt worden.

Turin, Sonnabend 14. Juni. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer verlas der Präsident einen von vielen Deputirten unterzeichneten Entwurf zu einer Adresse an den König. In demselben werden die verläumderischen Auslassungen in der Adresse der zu Rom versammelten Bischöfe widerlegt und aufs Neue die Rechte der Nation auf Kom und ihr Wille es zu besitzen proklamirt. Kattazi sagte, daß der Akt der Bischöfe die Ueberzeugungen der Italiener in der römischen Frage nicht geändert habe. Die Kammer hielt die Adresse für nützlich und widersetzte sich deren Annahme nicht. Der Entwurf wurde nach kurzer Diskussion genehmigt und eine Kommission von fünf Mitgliedern zur Redaktion der Adresse gewählt.

Brüssel, Sonnabend 14. Juni, Nachm. Nach dem heute ausgegebenen Bulletin hat der König eine bessere Nacht gehabt. Wie versichert wird, ist Cuviale hierher berufen worden, um, wenn möglich, eine Operation vorzunehmen. Die Blasen-schmerzen sind heftig.

Paris, Sonnabend 14. Juni, Abends. Die heutige „Patrie“ meldet aus Veracruz vom 15. v. M., daß die Franzosen vor Puebla von den ihnen an Zahl weit überlegenen Mexikanern geschlagen worden seien. Am andern Morgen mußten die Franzosen in Puebla einziehen. Die Guerillas unterbrachen an mehreren Punkten die Kommunikation zwischen Veracruz und Puebla. Es waren aber Maßregeln getroffen, um den Operationen einen glücklichen Erfolg zu sichern.

Paris, Sonntag 15. Juni, Morgens. Nach dem heutigen „Moniteur“ sind die Franzosen ohne Hinderniß bis Amozoc 3 Stunden von Puebla vorgedrückt. In den meisten Orten der Provinzen war ihr Empfang ein auszeichnender. Veracruz hat sich gegen Suarez erklärt. Man hoffte, daß eine ähnliche Bewegung in Puebla ausbrechen und daß dieselbe einen Angriff des Generals Lorencez gegen die Festung Guadeloupe, welche Puebla deckt, begünstigen werde. Ungeachtet der Unregelmäßigkeit

der Kommunikation waren Depeschen des Generals Lorencez vom 9. Mai angekommen, welche die Mittheilung machen, daß die Armee das Lager bei Amozoc auf dem Plateau von Anahuac besetzt habe. Nach mexikanischen Berichten hatte der Angriff auf Guadeloupe am 5. Mai mit großem Ungestüm stattgefunden, ohne daß dessen Zweck, die Verschanzungen zu nehmen, erreicht worden wäre. Ein weiteres Engagement hat seitdem nicht stattgefunden. Die Regierung des Kaisers trifft Maßregeln, um bedeutende Verstärkungen nach Mexico zu senden.

Petersburg, Sonnabend 14. Juni. Das Bank-Comité hat gestern den Beschluß gefaßt, eine unbeschränkte Verlängerung des bisherigen Kredits den abgebrannten größeren Handlungshäusern zu gewähren und behufs der Eröffnung eines Kredits für die kleineren Kaufleute einen Syndicus zu ernennen.

New-York, Mittwoch 4. Juni. Am 30. v. M. hat eine zweitägige Schlacht vor Richmond stattgefunden. Anfangs griffen die Konföderirten siegreich an, später aber wurden sie allenthalben zurückgeworfen und hatten 1200 Tode. Der Verlust der Unionstruppen betrug 3000 Tode und Verwundete. Die Unionisten rückten bis fünf Meilen vor Richmond vor.

Paris, den 13. Juni. Morgen schiffen sich zwei Detachements als Verstärkung nach Mexico ein.

— Der „Constitutionnel“ bezeichnet das Gerücht, daß die Franzosen eine Niederlage erlitten hätten, als unrichtig.

— Der spanische Minister Collantes billigt das Schreiben des General Prim, worin dieser die Throncandidatur Maximilians zurückweist.

London, den 13. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte Lord Palmerston, in Erwiderung auf eine Anfrage des Herrn Hopwood, er sei ohne Kenntniß darüber, ob Frankreich die Absicht habe, seine Vermittelung in Amerika anzubieten; England habe noch nicht die Absicht, ein solches Anerbieten zu machen. (H. N.)

## Die Zusammenkunft der Abgeordneten zu Frankfurt.

Eines der bedauerlichsten Kennzeichen unserer gegenwärtigen Situation scheint uns die leider immer mehr wieder um sich greifende Unsicherheit und Verwirrung in der Auffassung der politischen Verhältnisse. Es fing sich endlich eine große nationale Partei an in ganz Deutschland herauszubilden, die sich wenigstens über Richtung und Ziel der Entwicklung unsrer vaterländischen Zustände vollkommen klar zu sein schien. Durch die etwas unentschiedene und abwartende, aber doch immer langsam vorschreitende Haltung des vorigen preussischen Ministeriums empfing diese Partei allerdings nur geringe Förderung, durch den Uebergang der Regierung in die Hände von Männern, denen man nur geringe nationale Sympathien zutrauen konnte, wurde die Ueberzeugung von der untrennbaren Zusammengehörigkeit der Geschiede Preußens und Deutschlands sogar auf eine etwas harte Probe gestellt, aber man hätte dieselbe doch schon für so fest gewurzelt halten sollen, daß sie nicht so leicht durch Rücksichten auf Persönlichkeiten und vorübergehende Zustände erschüttert werden könnte. Denn ganz unabhängig davon, muß sie sich, wo sie

zu voller Klarheit gelangt ist, aus der Natur der Dinge an sich entwickelt haben, und auf den Glauben an den unwiderstehlichen Zug derselben mit selbstgewisser Sicherheit beruhen. Wir wollen nicht entscheiden, ob der letzte Schritt der zu Frankfurt in freier Selbstvereinigung zusammengetretenen liberalen Abgeordneten verschiedener deutscher Kammern, zu ihrer nächsten Versammlung auch die Deutsch-Oesterreicher einzuladen, aus einer solchen vollkommenen Siegesgewißheit hervorgegangen, oder als ein erstes Zeichen des Aufgebens der so lange festgehaltenen Idee zu betrachten ist. Glücklicherweise gewährt uns aber weder die Maßregel an sich, noch der zur Ausführung anersahene Zeitpunkt. Man will sich zwar damit trösten, daß es ganz gewiß gelingen werde, die Oesterreicher selbst von der Unausführbarkeit ihrer großdeutschen Ideen zu überzeugen und daß damit dann auch die süddeutschen Gegner der kleindeutschen Reformpläne gewonnen werden würden. Das sind aber Hoffnungen, deren gänzliche Unhaltbarkeit durch die bisherigen Erfahrungen hinlänglich erwiesen ist. Hat man sich schon auf dieser Versammlung den beiden Württembergern Abgeordneten zu Liebe zu einer solchen Abweichung vom Prinzip bestimmen lassen, was ist dann von der nächsten zu erwarten, wo die Oesterreicher und Großdeutschen, die gewiß nicht eine so günstige Gelegenheit unbenutzt vorüber gehen lassen, in großer Anzahl, vielleicht sogar in der Majorität erscheinen werden? Der ganze Beschluß scheint uns wieder aus dem unglücklichen Bestreben hervorgegangen, vereinigen zu wollen, was sich nicht vereinigen läßt, und die prinzipiellen Verschiedenheiten durch halbe und künstliche Compromisse, wobei sich jeder im Stillen das Seine denkt, zu verdecken, aus der falschen Voraussetzung, daß eine Ausbreitung in's Weite Erbschaft bieten könnte für die mangelnde innere Consistenz. Nachgiebigkeit in allen untergeordneten Dingen ist eine nicht genug zu empfehlende Regel politischer Klugheit, aber Festhalten der prinzipiellen Grundlage für jede Partei die erste Bedingung ihrer Lebensfähigkeit.

## Landtag.

Berlin, 14. Juni.

Der Gesetzentwurf, welchen der Handelsminister in Betreff der Aufhebung des Ortsbestellgeldes bei dem Landtage eingebracht hat, bezieht sich auf den Wegfall der  $\frac{1}{2}$  Sgr. Gebühr, welche bisher für die mit der Post ankommenden Briefe, ingleichen für Packet-Adressen und Scheine, so weit sie dem Empfänger am Orte der Postanstalt durch den Briefträger ins Haus zugetragen werden, zu entrichten ist. Die erwähnte Bestellgebühr soll nach dem Gesetzentwurf wegfallen vom 1. Sept. 1862 ab für alle Druckfachen unter Streif- und Kreuzband, und für die portofreien (ohne Portokosten beförderten) Sendungen, demnächst vom 1. Juli 1863 ab für alle frankirt abgegangenen Briefe und vom 1. Juli 1864 ab für die unfrankirten Briefe. Wir entnehmen aus den Motiven, daß man jene successive Aufhebung deshalb einschlägt, weil das Jahres-Objekt von ppr. 635,000 Thlr. auf einmal zu bedeutend ist, um es ohne Ermäßigung des etatsmäßigen Post-Ueberschusses in einem Jahre zu überwinden. Denn es handelt sich bei jener Maßregel nicht bloß um den Wegfall bisheriger Einnahmen, sondern auch um die bevorstehenden größeren Ausgaben, wenn die Brief-Empfänger, künftig dieselben sich durch den Briefträger unentgeltlich zutragen lassen werden. — Andererseits ergeben die Motive, daß man jene Reihenfolge in der Aufhebung der Gebühr einer Abstufung auf Dreier u. vorgezogen hat, weil die Erschwerniß der Erhebung eines solchen Bestellgeldes jedenfalls im Verkehr unangenehm empfunden sein wüßte. Das Bedürfniß der Maßregel findet nach den Motiven verstärkte Begründung darin, daß in vielen anderen Staaten die Aufhebung jener Gebühr bereits erfolgt ist und daß die





